

Gegenargumente unterschlagen

In Kiel sowie an Rhein und Ruhr wird für eine Olympiabewerbung gestimmt. Doch die Wahlbeteiligung ist sehr niedrig

Von Bernhard Krebs, Köln

Mit zum Teil deutlichen Mehrheiten haben die Wählerinnen und Wähler in der Region Köln/Rhein-Ruhr für eine Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044 gestimmt. »Was für eine Klarheit, was für ein breites Bürgervotum der Menschen für Olympia hier bei uns in Nordrhein-Westfalen«, zeigte sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Sonntag abend in Köln geradezu berauscht.

Für Details wie jenes, dass lediglich 1,4 von vier Millionen Stimmberechtigten – also gerade mal ein Drittel – an den Abstimmungen teilgenommen hatten, war im Wüstschen Siegesrausch aber kein Raum. Zwar gab es in Aachen (76,29 Prozent Ja-Stimmen), Duisburg (72,95) und Mönchengladbach (74,45) teils überwältigende Mehrheiten für eine Olympiabewerbung. In der sogenannten »Leading City« Köln, die Hauptaustragungsort werden soll, fiel die Olympiabegeisterung mit einem Zustimmungswert von gerade einmal 57,39 Prozent aber deutlich geringer aus.

Dabei hatte Oberbürgermeister Torsten Burmester (SPD), der von 2022 bis 2024 Geschäftsführer des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) war, im Vorfeld gehörig die Werbetrommel für eine Zustimmung gerührt. So hatten die Kölner in den Wochen vor der Abstimmung durchaus den Eindruck gewinnen können, bei Burmester handle es sich um einen Olympia-Chef-Lobbyisten, statt um den Oberbürgermeister einer hochverschuldeten Rheinmetropole, die im November 2025 kurzzeitig unter Haushaltssperre gesetzt worden war. Dass gerade in Köln die Skepsis größer ist als andernorts, dafür spricht auch, dass in der Domstadt die Wahlbeteiligung mit knapp 40 Prozent mit am höchsten war.

Dennoch befand Burmester am Montag morgen im *Deutschlandfunk* unverdrossen: »Ich bin sehr zufrieden, weil das ein breiter Rückhalt für die Olympiabewerbung und für die Paralympischen Spiele ist.« Burmester zeigte sich »dankbar für dieses breite demokratische Zeugnis«, das die Kölner der Olympiabewerbung ausgestellt hätten. Der SPD-Politiker pries die Ausrichtung der Spiele als »Booster für Infrastruktur und Teilhabe« an. Die geplanten Kosten von 4,8 Milliarden Euro seien »komplett privat finanziert«. Neue Sportstätten müssten nicht gebaut werden, weil auf bestehende Sportstätten gesetzt werde, wobei im Kölner Norden, im in Planung befindlichen neuen Stadtteil Köln-Kreuzfeld, das Olympische Dorf sowie ein temporäres Leichtathletikstadion entstehen sollen.

Jörg Detjen, Chef der »Nolympia Köln«-Kampagne und ehemals für Die Linke im Kölner Stadtrat, zeigte sich angesichts der Waffenungleichheit vor der Abstimmung durchaus zufrieden mit rund 43 Prozent Nein-Stimmen. »Dass wir mit unserem kleinen, winzigen Etat nicht komplett durchdringen können, war uns klar«, sagte Detjen ebenfalls im *Deutschlandfunk*. Dabei betonte er, dass die Gegenseite »Millionen in die Werbung getrommelt« habe, was viele Kölnerinnen und Kölner geärgert habe. Das Ergebnis der Olympiabefürworter wertete Detjen als »Arbeitssieg, aber keine beeindruckende Veranstaltung«.

Ebenfalls einer Bewerbung zugestimmt hat mit 63,5 Prozent Kiel, wo bei Olympischen und Paralympischen Sommerspielen in der Region Köln/Rhein-Ruhr aus Ermangelung einer eigenen Küste die Segelwettbewerbe ausgetragen werden sollen. Die Wahlbeteiligung war auch an der Förde mit 29,1 Prozent niedrig. Das Bündnis »Nolympia Hamburg« machte darauf aufmerksam, dass damit lediglich 18 Prozent der Kieler Wahlberechtigten für Olympia gestimmt hätten. Auch seien den Wahlunterlagen nur Pro-Argumente beigefügt worden, während ablehnende Argumente vom Stadtrat mehrheitlich abgelehnt worden seien. Angesichts dessen sprach »Nolympia Hamburg«-Sprecher Eckart Maudrich von einem »Demokratiespektakel«, das da aufgeführt worden sei.

Neben Köln/Rhein-Ruhr bewerben sich noch München, Berlin und Hamburg als deutsche Austragungsorte für die Sommerspiele zwischen 2036 und 2044. Am 26. September will der DOSB entscheiden, welches der vier Konzepte für Deutschland ins internationale Bewerbungsverfahren geht. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) entscheidet wohl frühestens 2027.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521271.bewerbung-für-olympische-spiele-gegenargumente-unterschlagen.html>